



## Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die von neuen Mitgliedstaaten im Rahmen des Beitritts zur EU-Zone zu erfüllenden Konvergenzkriterien wissen.
- die Positionen einzelner Länder zum Beitritt der Türkei verstehen und erläutern können.
- am speziellen Fall der Türkei diskutieren, welche Argumente für bzw. gegen einen EU-Beitritt sprechen.
- Konsequenzen eines (Nicht-)Beitritts der Türkei für die EU und die Türkei selbst abschätzen können.



## Aufgaben

- 1) Welche Kriterien müssen Staaten erfüllen um der Europäischen Union beitreten zu können? Inwieweit stehen diese in einem Konflikt zu anderen wirtschaftspolitischen Zielen? Recherchieren Sie im Netz!
- 2) Warum gestaltet sich die Diskussion um einen Beitritt der Türkei zur EU so schwierig? Welche Argumente sprechen für eine "Vollmitgliedschaft", welche für eine "privilegierte Partnerschaft" der Türkei? Wie gestaltet sich die Position der einzelnen EU-Staaten zu dieser Frage?
- 3) Erläutern Sie die gegensätzlichen Positionen Österreichs sowie der Türkei in Bezug auf den Beitritt der Türkei zur EU. Auf welchen Kompromiss konnte man sich letztlich einigen?
- 4) Die Verhandlungen des EU-Beitritts werden sich mindestens bis zum Jahre 2014 erstrecken. Welche Massnahmen sind von der Türkei und von der EU im Laufe des nächsten Jahrzehnts zu treffen, um einen EU-Beitritt der Türkei realisieren zu können. Woran könnte dieser letztendlich scheitern?
- 5) Für welche Entwicklung wäre ein EU-Beitritt der Türkei im Jahre 2014 richtungsweisend?

## EU und Türkei nehmen Beitrittsverhandlungen auf Österreich lenkt in letzter Minute ein - Ankara akzeptiert neues Verhandlungsmandat

- 5 Die Europäische Union (EU) und die Türkei haben sich gestern nach stundenlangen Krisensitzungen auf den Start von EU-Beitrittsverhandlungen geeinigt. Der türkische Außenminister Abdullah Gül trat am Abend die Reise nach Luxemburg an, wo noch in der Nacht eine Zeremonie zum Auftakt der Gespräche geplant war. Bundesaußenminister Joschka Fischer sprach von einem "historischen Schritt". "Europa hat heute gewonnen",
- 10 sagte Fischer. Der amtierende EU-Ratsvorsitzende und britische Außenminister, Jack Straw, sagte, der Türkei stehe noch ein langer Weg bevor, doch am Ende werde es nur Gewinner geben.
- 15 Die Türkei strebt seit 1963 einen EU-Beitritt an. Nach einer grundsätzlichen Zusage 1999 hatten die Staats- und Regierungschefs der Union im Dezember letzten Jahres grünes Licht für Verhandlungen gegeben. Sie sollen "ergebnisoffen" geführt werden und mindestens zehn Jahre dauern. Der offizielle Startschuss drohte zuletzt aber am Streit um Zypern und an Einwänden Österreichs zu scheitern. Während Zypern einlenkte, versuchte Österreich noch gestern, eine Änderung des so genannten Verhandlungsmandats durchzusetzen. Erst nach 20 Stunden Dauerstreit lenkte Wien ein.
- 20 Ausschlaggebend für die Einigung war, dass Österreich auf seine Forderung verzichtete, der Türkei müsse eine Alternative zur Vollmitgliedschaft in der EU angeboten werden. Die österreichische Initiative ging in Richtung des auch von der CDU/CSU vertretenen Konzepts einer "privilegierten Partnerschaft". Sie fand jedoch in der EU keine Unterstützer. Der britische EU-Ratsvorsitz legte schließlich einen Kompromiss vor, in dem die Aufnahmefähigkeit der EU für neue Mitglieder stärker betont wird als bisher. Danach gab Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik ihren Widerstand auf. Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sagte am Abend im österreichischen Fernsehen: "Wir haben ein gutes Gewissen. Das Ergebnis ist so, dass wir stolz darauf sein können."
- 25 Auch die Regierung in Ankara lenkte schließlich ein. Die Türkei hatte bis zum Nachmittag mit einem Boykott der Beitrittszeremonie gedroht und US-Außenministerin Condoleezza Rice eingeschaltet. US-Außenamtssprecher Sean McCormack begrüßte am Abend den Kompromiss. Eine demokratisch reformierte Türkei, die fest in Europa und der transatlantischen Allianz verankert sei, sei gut für Europa, die Vereinigten Staaten und die Türkei selbst, sagte er Washington.
- 30 Für Streit sorgte vor allem eine Passage im Verhandlungsmandat, wonach die Türkei ihre Außenpolitik auf EU-Linie bringen soll. Dies könnte die Handlungsfreiheit in der Nato behindern, fürchteten türkische Diplomaten. Dem britischen EU-Ratsvorsitz gelang es aber, die Bedenken zu zerstreuen.
- 35 Erleichtert wurde die Einigung durch die Nachricht, wonach EU-Beitrittsgespräche mit Kroatien näher rücken. Dies kommt Österreich entgegen, das sich seit langem für Kroatien stark macht. Gestern teilte die Chefanklägerin des Uno-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Carla del Ponte, mit, dass Kroatien bei der Suche nach einem mutmaßlichen Kriegsverbrecher neuerdings voll mit dem Gericht kooperiere. Damit steht EU-Beitrittsverhandlungen mit Zagreb im Prinzip nichts mehr im Wege. Die EU hatte im März
- 40 Gespräche verschoben, bis Kroatien voll mit dem Gericht zusammenarbeitet.
- 45 Der Türkei stehen nun ungewöhnlich langwierige und harte Verhandlungen bevor. Vor einem Beitritt muss sie das EU-Mitglied Zypern anerkennen, was Ankara bisher abgelehnt hat. Außerdem muss sich die EU einen neuen Finanzrahmen für die Zeit nach 2013 geben. Die Verhandlungen über den EU-Haushalt für 2007 bis 2013 waren im Juni gescheitert. Nach dem Ende der Türkei-Gespräche um das Jahr 2014 stehen dann Volksabstimmungen in Frankreich und wahrscheinlich auch Österreich an. Daran könnte der EU-Beitritt letztlich noch scheitern, da die Aufnahme der Türkei in beiden Ländern heftig umstritten ist.
- 50

- 55 Nach Einschätzung der Befürworter würden die Beitrittsgespräche die Türkei dauerhaft an Europa binden und ein Signal der Öffnung an die islamische Welt senden. Die Türkei sei für die Sicherheitsinteressen Europas unverzichtbar, betonte EU-Chefdiplomat Javier Solana in Luxemburg. Dagegen argumentieren die Skeptiker, nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden müsse die europäische Politik zur Kenntnis nehmen, dass die Bürger eine Überdehnung der Europäischen Union fürchten.
- 60 Nach Umfragen unterstützen lediglich 35 Prozent der EU-Bürger einen Türkei-Beitritt.

Quelle: ebo, Handelsblatt, Nr. 191, 04.10.05, 1